

Wendepunkt bangt um Fördermittel

Gegen Gewalt: Beratungs- und Präventionsstelle ist in Sorge, denn die Fallzahlen im Kreis Pinneberg sind „konstant hoch“

Anna Goldbach

KREIS PINNEBERG Gewalt hat viele Gesichter. Ein Satz, der wieder und wieder zu lesen ist, geht es um verschiedene Formen von Gewalt. Das Problem: Die Message wird deutlich, bleibt zugleich aber abstrakt. Ebenso, wenn von ambulanter Rückfallprophylaxe, Täterarbeit oder psychosozialer Notfallversorgung die Rede ist. Die Relevanz zeichnet sich zwar irgendwie ab, Inhalte und gesamtgesellschaftliche Verantwortung bleiben aber auf der Strecke. Und damit im schlimmsten Fall auch gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche.

Um Minderjährige in den Kreisen Pinneberg und Steinburg offline wie online vor (sexualisierter) Gewalt schützen zu können, braucht es Präventionsmaßnahmen, nicht nur für die Minderjährigen, sondern auch ihre Eltern, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter und Erzieher. Der Wendepunkt bietet genau das, hatte 2025 im Bereich Traumaintervention und Beratung 795 Kontakte. Außerdem konnten, so ist es dem Tätigkeitsbericht für 2025 zu entnehmen, ganze 222 Fort- und Weiterbildungen durchgeführt werden. Mit seinen Präventionsmaßnahmen an



Dirk Jacobsen, Geschäftsführer des Wendepunkt, Bianca Tietz, Leiterin des Fachbereichs Prävention und Sascha Niemann, Fachbereichsleiter Traumazentrum und Beratung haben den Tätigkeitsbericht des Jahres 2025 vorgestellt. 1468 Hilfeanfragen haben den Verein 2025 erreicht. Foto: Anna Goldbach

Schulen hat der Verein insgesamt 4758 Schüler erreichen können.

Die Zahl der Hilfeanfragen bleibt derweil stabil. „Sie ist seit 15 Jahren konstant hoch“, so Dirk Jacobsen, Geschäftsführer des Wendepunkt, „und das bei einer hohen Dunkelfeldzahl“. Jacobsen ist seit 15 Jahren dabei. Er weiß um die Folgen für Betroffene von (sexualisierter) Gewalt, wenn sie zu lange auf Hilfsangebote warten müssen und Beschwerden chronifizieren. Mit Sorge blickt der Geschäftsführer

daher auf die Konsolidierungspläne und Sparmaßnahmen der Städte und Kommunen. Die öffentlichen Haushalte stehen unter Druck, an der Stelle zu sparen, könne bedeuten, dass künftig Mittel für Präventionsarbeit wegfallen.

Neben Präventionsmaßnahmen bietet der Wendepunkt auch Unterstützung für Betroffene von Gewalt und sexuellem Missbrauch, ihre Angehörigen oder Täter. Um zu verstehen, wie weitreichend nicht nur die Arbeit des Wendepunkts,

sondern auch die Folgen von sexueller Gewalt reichen, lohnt es sich daher, genauer hinzuschauen.

Nachsorge nach schweren Straftaten ausgebaut

Schwere Gewalttaten nehmen zu, heißt es im Tätigkeitsbericht des Vereins. Darauf hat der Wendepunkt reagiert und das Projekt „Psychosoziale Nachsorge nach Straftaten“ weiter ausgebaut. Durch wiederkehrende Sprechstunden biete man so auch Hinterbliebenen und

Angehörigen Hilfe – beispielsweise nach schweren Straftaten und Tötungsdelikten wie Amokläufen.

Grundsätzlich sei fortschreitende Komplexität der Hilfsbedarfe auch im vergangenen Jahr festgestellt worden. Das bedeutet, dass globale Krisen und gesellschaftliche Konflikte bestehende Gewaltstrukturen verstärken können, wie beispielsweise während der Corona-Pandemie, oder dafür sorgen können, dass Menschen mit multiplen Gewalterfahrungen oder -problemen zu ihnen kommen. „Das zeigt, wie wichtig unsere Arbeit ist.“

Im Bereich der familiären Gewalt wurden in Schleswig-Holstein im Jahr 2025 insgesamt 3335 Opfer erfasst. Fast 4 Prozent der Betroffenen von sexuellem Missbrauch waren Kinder, Jugendliche und Schutzbefohlene ab 14 Jahren. Die Polizeiliche Kriminalstatistik hat im Kreis Pinneberg 2025 insgesamt 400 Opfer im Zusammenhang mit familiärer Gewalt erfasst. Darunter 13 Fälle von Misshandlung von Schutzbefohlenen und sieben Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen.

Dort knüpft auch die Beratungsstelle gegen sexuelle

Gewalt an, die sich 2025 um 85 Betroffene und 46 Fachkräfte gekümmert hat. 34 der Beratungsanfragen betrafen Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren, in 38 Fällen waren 7- bis 12-Jährige betroffen. „Es ist wichtig, dass wir nach hochbelastenden Ereignissen schnell reagieren können, damit sich Auswirkungen nicht chronifizieren und sich gerade Kinder und Jugendliche gesund weiterentwickeln können.“ Doch dafür braucht es Geld. „Es ist verheerend, wenn man in diesem Bereich spart“, macht Jacobsen mit Blick auf die angespannte Haushaltslage deutlich.

Ganz unbegründet sind seine Sorgen nicht: Die Suchthilfe wird ausgedünnt, die Regierung denkt darüber nach, Integrationshilfen und Schulassistenzen für Kinder mit Behinderung zu streichen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder zu verschieben. Statt zu sparen, müssten laut Jacobsen Angebote weiter ausgebaut werden. Schutzkonzepte in Kinder- und Jugendeinrichtungen, geschulte Fachkräfte und personelle Ressourcen brauche es. Denn psychosozialen Themen könne man nur so gerecht werden, so Dirk Jacobsen. Und dafür braucht es Geld.